



Kurzprotokoll der 4. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 11. Mai 2022, 18:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

E.700

Präsenzsitzung und Videokonferenz im
Webex-Format

Vorsitz: Helmut Kleebank, MdB

Tagesordnung - Öffentliches Gespräch

Einzigster Tagesordnungspunkt

Seite 3

Fachgespräch zum Thema "**Sustainable Finance**"

mit **Kristina Jeromin**, Green and Sustainable
Finance Cluster Germany e.V.



Mitglieder des Beirates

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Blankenburg, Jakob Echeverria, Axel Hagl-Kehl, Rita Kersten, Dr. Franziska Kleebank, Helmut Zorn, Armand	Abdi, Sanae Mascheck, Franziska Nasr, Rasha Plobner, Jan Rudolph, Tina Wagner, Dr. Carolin
CDU/CSU	Brinkhaus, Ralph Mayer-Lay, Volker Radomski, Kerstin Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang	Connemann, Gitta Grundmann, Oliver Heilmann, Thomas König, Anne Lenz, Dr. Andreas
BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Aeffner, Stephanie Ganserer, Tessa Wagner, Johannes	Außendorf, Maik Beck, Katharina Michaelson, Swantje Henrike
FDP	Al-Halak, Muhanad Harzer, Ulrike Teutrine, Jens	Gerschau, Knut Skudelny, Judith Stockmeier, Konrad
AfD	Glaser, Albrecht Kraft, Dr. Rainer	Bleck, Andreas Brandner, Stephan
DIE LINKE.	Riexinger, Bernd	



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ungeachtet der Fotoaktion, die derzeit läuft, darf ich Sie herzlich zur 4. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung am heutigen Mittwoch begrüßen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt es noch ein paar Kleinigkeiten zu regeln. Ich schaue erst einmal auf die digital zugeschalteten Teilnehmerinnen und Teilnehmer und frage, ob dort jemand technische Probleme hat? Falls ja, bitte ich Sie, sich kurz bemerkbar zu machen. Ich sehe es aber im Moment nicht. Dann können wir so verfahren.

Sie haben sicherlich bemerkt, dass gerade ein paar Fotos gemacht werden. Ich darf daher auch unseren Fotografen begrüßen. Ich hatte Sie schon darauf hingewiesen, dass wir für die Erstellung des Flyers über den Beirat eine solche Fotoaktion machen werden. Insoweit hatten alle die Chance, sich sozusagen „kleidungstechnisch“ darauf einzustellen. Die Einzelfotos werden dann zu einem Gesamtfoto zusammengestellt. In der heutigen Sitzung haben wir ja die besondere Situation, dass auch Mitglieder aus anderen Ausschüssen anwesend sind. Wir werden natürlich darauf achten, dass diese nicht mit auf den Fotos für den Flyer des Beirates erscheinen.

Zur heutigen Sitzung sind die Mitglieder der folgenden Ausschüsse eingeladen worden: Finanzen, Digitales, Wirtschaft und Umwelt. Es haben sich auch einige Abgeordnete aus den genannten Ausschüssen angemeldet. Einige Kolleginnen und Kollegen habe ich auch schon gesehen.

Einziger Tagesordnungspunkt

Fachgespräch zum Thema "Sustainable Finance" mit Kristina Jeromin, Green and Sustainable Finance Cluster Germany e.V.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Der einzige Tagesordnungspunkt, den wir für diese Sitzung haben, ist das Fachgespräch zum Thema „Sustainable Finance“ mit Frau Kristina Jeromin, die hier neben mir Platz genommen hat und die wir herzlich begrüßen.

Sachverständige **Kristina Jeromin** (Green and Sustainable Finance Cluster Germany e.V.): Dankeschön.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Zur Person werde ich gleich noch ein paar Dinge sagen. Alles, was ich falsch sage, dürfen Sie dann gerne korrigieren.

Ich eröffne hiermit offiziell die 4. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung mit dem öffentlichen Fachgespräch, das ich gerade genannt habe. Ich freue mich, dass wir dieses Mal auch die Öffentlichkeit mit dabei haben.

Ich darf Ihnen unsere Sachverständige zunächst kurz vorstellen: Frau Jeromin wurde 1982 in Wiesbaden geboren und studierte Politikwissenschaften und Philosophie an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz. Von 2009 bis 2020 war sie bei der Gruppe „Deutsche Börse“ beschäftigt und dort zunächst zuständig für die in- und externe Kommunikation von Nachhaltigkeitsthemen. Ab 2015 verantwortete sie als „Head of Group Sustainability“ das konzernweite Nachhaltigkeitsmanagement der Börse, in deren Rollen als internationaler Kapitalmarktorganisator und als börsennotiertes Unternehmen bzw. DAX-Mitglied. Seit 2018 ist Frau Jeromin außerdem Geschäftsführerin des Green and Sustainable Finance Cluster Germany. Sie war Mitglied des Sustainable-Finance-Beirates der letzten deutschen Bundesregierung und von 2019 bis 2021 dessen stellvertretende Vorsitzende. Sie ist außerdem Mitglied der Deutschen Gesellschaft des Club of Rome. Frau Jeromin war in der letzten Wahlperiode bereits zu diesem Thema Gast im Beirat, und zwar in der 9. Sitzung, am 7. November 2018.

Bevor wir nun inhaltlich in das Gespräch einsteigen, noch folgende kurze organisatorische Hinweise: Wir haben beschlossen, dass das heutige Gespräch im Parlamentsfernsehen übertragen wird. Die Sitzung wird live auf Kanal 2 übertragen und am 12. Mai 2022 ab ca. 12:00 Uhr in der Mediathek und dann auch auf der Website des Beirates eingestellt. Frau Jeromin hat sich freundlicherweise mit der Übertragung einverstanden erklärt.

Von unserem Fachgespräch wird zudem ein Wortprotokoll erstellt. Zu diesem Zweck wird die



Sitzung mitgeschnitten. Wir haben verabredet, dass Frau Jeromin zu Beginn ein Zeitfenster von ca. zehn Minuten erhält. Ich bitte natürlich darum, dies einzuhalten. Wir werden dann voraussichtlich eine oder zwei Fragerunden anschließen, d. h., wir werden ein paar Fragen sammeln mit der Bitte, diese dann gesammelt zu beantworten. Wir haben uns, anders als in anderen Ausschüssen, dafür keine feste Zeitvorgabe gegeben. Insoweit habe ich als Vorsitzender die Aufgabe, darauf zu achten, dass hier kein Beitrag zu sehr ausufert.

Für die Beiratsmitglieder folgender Hinweis: Wir werden gegen 19:00 Uhr die Sitzung beenden und nach einer kurzen Unterbrechung direkt unsere 5. Sitzung, die dann nicht-öffentlich stattfinden wird, durchführen. Dazu sehe ich keinen Widerspruch.

Damit darf ich zu unserem Gast kommen. Frau Jeromin, auch wenn Sie schon einmal hier waren, Sie werden hier überwiegend Gesichter sehen, die in der letzten Wahlperiode nicht im Beirat waren. Nun sind wir alle sehr gespannt auf Ihren Vortrag.

Sachverständige **Kristina Jeromin** (Green and Sustainable Finance Cluster Germany e.V.): Dankeschön, lieber Herr Kleebank, für die freundlichen Worte und für die Einführung. Ich freue mich sehr, heute hier zu sein und mit Ihnen über „Sustainable Finance“ zu sprechen. Das ist tatsächlich eine große Leidenschaft von mir, die ich seit Jahren begleite und vorantreibe.

Ich glaube, es ist erst einmal wichtig, überhaupt einzuordnen, was wir denn unter „Sustainable Finance“ verstehen. Häufig ist das Thema so ein bisschen die „grüne Nische“ der Finanzbranche, und viele denken dabei vielleicht an „Bäume umarmen“ oder „Socken stricken“. Das ist alles wichtig, hat aber tatsächlich nichts mit „Sustainable Finance“ zu tun. Es geht vielmehr um die Frage, welche Rolle übernimmt die Finanzbranche in Bezug auf das Finanzsystem und im Rahmen der Transformation unserer wirtschaftlichen Wertschöpfung. Wir sind uns ja alle bewusst, dass die Anpassung in verschiedenen Wirtschaftssektoren – eigentlich in den allermeisten – und an die sich verändernden Externalitäten erfolgen müsste. Dabei ist nicht nur die Klimakrise zu nennen, sondern auch die Digitalisierung oder der demografische Wandel.

Die notwendigen Anpassungen sind sehr kostenintensiv. Hierbei ist es ganz wichtig, dass man natürlich neben starken Signalen seitens der öffentlichen Hand privatwirtschaftliche Investitionen in genau diese Transformation anreizt und ermöglicht. Nichts anderes ist „Sustainable Finance“. Nämlich die Frage, inwiefern befähigen wir unsere Finanzbranche zur aktiven Begleitung der Transformation der Realwirtschaft. Hier liegt am Ende die zentrale Verantwortung der Finanzbranche, nämlich realwirtschaftliche Wertschöpfung zu finanzieren und damit dafür zu sorgen, dass wir als deutscher und europäischer Wirtschaftsstandort attraktiv und wettbewerbsfähig bleiben und vor allem natürlich auch die Beschäftigungssicherheit im Auge behalten.

Da ist in den letzten Jahren rund um „Sustainable Finance“ einiges passiert, auch hier bei uns in Deutschland. Dies hat insbesondere im Jahr 2016 angefangen, als die Kommission der Europäischen Union (EU) die sogenannte „High-Level Expert Group on sustainable finance“ (HLEG) ins Leben rief. Es waren 30 Expertinnen und Experten, die für die EU-Kommission Empfehlungen erarbeiten sollten, wie man mehr Geld gezielt in zukunftsfähige Wertschöpfungsketten lenken kann und was es hierfür braucht. Daraus entstand der sogenannte EU-Aktionsplan. „Sustainable Finance“ ist Anfang des Jahres im Rahmen der Debatte über die Taxonomie sehr prominent geworden. Unschön prominent muss ich sagen, nachdem sich viele sehr lange dafür nicht interessiert hatten. Aber dazu komme ich noch.

Wie gesagt, im Jahr 2016 hat das auf Ebene der EU begonnen. Wir sind aktuell jetzt eigentlich in der Phase der „Renewed Sustainable Finance Strategy“, also im Prinzip die Neuauflage des Aktionsplanes der EU. Im Jahr 2019 – also drei Jahre später – haben wir dann hier in Deutschland den Sustainable-Finance-Beirat der damaligen Bundesregierung eingerichtet, drei Jahre später als der europäische Prozess. Ich betone es nochmal, dass das hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Deutschland und der Entwicklung zukunftsfähiger Finanzstrukturen genau diese drei Jahre Verspätung sind, die uns heute im Wettlauf gegenüber anderen Finanzzentren in Europa, aber auch international, fehlen. Wie auch immer: Besser spät als nie. Im



Jahr 2019 hat der Sustainable-Finance-Beirat die Arbeit aufgenommen. Eingesetzt wurde er durch den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung. Gleichzeitig wurde er mit dem Mandat ausgestattet, Empfehlungen zu erarbeiten, um Deutschland zu einem führenden Sustainable-Finance-Standort zu machen.

Für mich ist wichtig, dass wir dieses „führend“ auch noch mal ein bisschen einordnen. Ich glaube, es geht gar nicht groß darum, zu gucken, was machen wir besser als beispielsweise Paris oder New York, sondern „führend“ bedeutet in meinen Augen, wie können wir uns den Bedarfen und Bedürfnissen in unserer heimischen Wirtschaft am besten stellen. Wir haben hier in Deutschland mit einem starken Mittelstand und einer starken Industrie natürlich ganz andere Herausforderungen, d. h. auch deutlich mehr CO₂-Emissionen als bei anderen Wirtschaftsstandorten, die vielleicht ihre Schwerpunkte auch woanders haben. Wie können wir unser Finanzsystem genau an den Bedarfen dieser Unternehmen ausrichten, die eine sichere Finanzierung durch diese Transformationsphase brauchen? Letztes Jahr im Februar haben wir dann 31 Empfehlungen an die damalige Bundesregierung übergeben, die die Richtung weist: Hin zum führenden Standort und zu dem, was jetzt notwendig ist in Deutschland, um loszulegen und um das Finanzsystem zu modifizieren entlang der Erwartungen und Notwendigkeiten, die wir sehen. Ich glaube, ich habe Ihnen den Bericht im Vorfeld zur Verfügung gestellt. Es müsste Ihnen allen zugegangen sein. Basierend auf diesen 31 Empfehlungen hat dann die damalige Bundesregierung 26 Maßnahmen formuliert, die dann sozusagen die „Deutsche Sustainable-Finance-Strategie“ darstellen soll. Das irritierende an diesen 26 Maßnahmen ist – jetzt einmal abgesehen, dass das fünf Maßnahmen weniger sind als von uns vorgeschlagen –, dass sie deutlich unkonkreter sind als die Empfehlungen des Beirates. Also gerade hinsichtlich der Zeitläufe, die es da zu beachten gilt, wurden kurz-, mittel-, langfristig Abläufe genannt, es steht aber an keiner Stelle dieser 26 Maßnahmen, was denn kurz-, mittel-, langfristig bedeutet. „Kurzfristig“ können auch 20 Jahre bedeuten, wenn man unter „langfristig“ 100 Jahre versteht. Das wäre definitiv zu spät.

Wir haben jetzt die aktuelle Situation, dass die

neue Bundesregierung gerade den nächsten Sustainable-Finance-Beirat ins Leben rufen wird. Ich glaube, die Bewerbungsfrist lief bis Ende April dieses Jahres. Es sind, soweit ich gehört habe, fast 300 Bewerbungen eingegangen, sowohl als stimmberechtigtes Mitglied aber auch als Beobachterinnen und Beobachter. Der Beirat soll letztendlich aus 30 Personen bestehen. Aktuell findet der Auswahlprozess in den beteiligten Ministerien statt. Das sind vor allem natürlich das Bundesfinanzministerium (BMF), aber auch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV). In der letzten Legislaturperiode war auch das damalige Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), also jetzt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), eng an dem Prozess beteiligt. Wie gesagt, aktuell findet der Auswahlprozess statt, und wir haben erfahren, dass am 10. Juni 2022 die konstituierende Sitzung des neuen Beirates stattfinden soll. Das heißt, und das ist schon mal sehr gut, der Prozess geht weiter. Das ist auch dringend notwendig.

Seitdem wir diese Empfehlung im letzten Jahr veröffentlicht bzw. der alten Bundesregierung übergeben haben, ist nichts passiert. Das ist natürlich auch mit Empfehlungen so, die verlieren irgendwann auch ihre – ich sage jetzt mal – „Sexiness“ hinsichtlich der Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit, da diese auch eine gewisse Ablaufrist haben. Daher ist es ganz wichtig, und das sollte ein starkes nationales Interesse sein, dass wir versuchen, unsere eigene Wirtschaft mit gezielten Finanzierungen so aufzustellen, dass sie diese Transformation bestehen kann, aber uns eben auch unserer europäischen Verantwortung bewusst sind. Da braucht es in Europa eine klare deutsche Stimme, die unsere Interessen, unsere strategischen Ansätze auch vertritt.

Man hat das am Beispiel der Taxonomie ganz gut gesehen. Kurzfristig wurden noch „Atom“ und „Gas“ in das Klassifizierungssystem für nachhaltiges UnternehmerInnentum hineinmanövriert. Damit wurde dieses Transparenzinstrument aber aufgeweicht. Was dem Markt fehlt – und ich habe ja lange im Markt gearbeitet und mache das heute noch – ist tatsächlich eine klare Definition von dem, was denn unter „nachhaltig“ zu verstehen ist. Das



heißt, wir haben Finanzprodukte und Finanzservices, da steht „Nachhaltigkeit“ oder „Environmental Social Governance“ (ESG) drauf. Aber ganz häufig stellt sich heraus, dass diese Produkte überhaupt nicht nachhaltig sind. Dann haben Sie einen „Green Washing“-Vorwurf gegenüber den Finanzunternehmen, die diese Produkte auflegen. Das schadet dem Markt, das schadet dem Bereich der „Sustainable Finance“. Diese Unsicherheit zu nehmen, das ist ganz klar die Aufgabe des regulatorischen Rahmens. Daher ist es so wichtig, Transparenzstandards einzuführen und klare Schlüsselkennzahlen, sogenannte „Key Performance Indicators“ (KPI), zu entwickeln, die im Prinzip dann auch verlässliche Aussagen zulassen, ob dieses Finanzprodukt nachhaltig ist, ob diese Finanzierung tatsächlich auch zukunftsfähig ist, um die Unsicherheit aus dem Markt zu nehmen.

Dann ist – wie gesagt – das Thema „Taxonomie“ ins Spiel gekommen. Das ist eine Säule des EU-Aktionsplanes „Sustainable Finance“ und betreibt eben genau das Definitionsklassifizierungssystem. Wir haben dann mit dem Thema „Environment“ begonnen, also umweltbezogen und im Hinblick auf „Klima“. Es stehen weitere Standardisierungen in den Bereichen „Soziales“ und „Unternehmensführung“ an. Basierend auf den Empfehlungen der sogenannten „Technical Expert Group“, wurden „Atom“ und „Gas“ als nachhaltig zu labelnde Unternehmensaktivitäten ausgeschlossen. Die Gründe hierfür waren, dass sie insbesondere in den Bereichen „Do No Significant Harm“ einfach durch dieses Raster gefallen sind. Es soll kein erheblicher Schaden hinsichtlich der „Waste“-Dimension entstehen, gerade im Atombereich. Dabei hat man ein enormes Müllproblem, was man auf zukünftige Generationen abwälzt.

Durch bestimmte Aktivitäten in einzelnen Mitgliedsstaaten, die einfach heute noch sehr stark von „Gas“ und „Atom“ im Rahmen ihrer Energieversorgung abhängig sind, wurden diese Dinge dann aber doch mit hineinverhandelt. Da muss ich sagen, wurden zwei Dinge miteinander vermischt. Natürlich sind „Gas“ und „Atom“ nicht nachhaltig und haben in einer Klassifizierung für Umweltsleistungen von Unternehmen nichts zu suchen. Auf der anderen Seite brauchen wir natürlich

Brückentechnologien, um diese Transformation zu beschreiben. Das sind tatsächlich aber eher energiepolitische Fragen und keine im Rahmen der Klassifizierung von Umweltsleistungen. Hier wurden die Dinge vermischt. Das ist ein Signal an den Markt, dass die Politik das nicht so ernst nimmt mit dem Thema. Die Politik versteht nicht, welche Unsicherheiten wir im Markt zu bekämpfen haben, wenn es darum geht, uns als verlässlich nachhaltig zu positionieren. Natürlich weicht es die Lenkungswirkung dieses Transparenzinstruments auf. Hier ist es ganz wichtig, dass wir in den nächsten Monaten und Jahren den europäischen Prozess aus unserer deutschen Perspektive so eng begleiten, dass er glaubwürdig wird. Das Potenzial der Finanzbranche als „Befähigerin“ und „Mitbegleiterin“ der Transformation, wird nur dann ausgeschöpft werden, wenn wir hier verlässliche Rahmenbedingungen haben und nicht das, was als „grün“ oder als „zukunftsfähig“ ausgegeben wird, auf einmal irgendwie „braun“, „schwarz“ oder zum „Stranded Asset“ wird, wie wir bei uns in der Branche sagen. Das heißt, das Geld kommt nicht zurück. Das betrifft dann am Ende letztlich natürlich auch jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger, der sein Geld zur Bank trägt oder entsprechend in den privaten Sparplänen auf Zukunftsfähigkeit baut und hier verlässliche Rahmenbedingungen vorfinden muss.

Das heißt, „Sustainable Finance“ ist ein Querschnittsthema, muss auch als solches so behandelt und aus dieser grünen Nische des Finanzmarktes herausgeholt werden. Gerade jetzt vor dem Hintergrund der zu beschleunigenden Energiewende und der hier auftretenden bzw. zu erwartenden Kosten ist es extrem notwendig, dieses Thema aus der „Orchideenecke“ herauszuholen und in ein grundsätzliches Verständnis von Finanzpolitik zu überführen, nämlich mit der Frage „Ist unser Finanzsystem fit für die Zukunft?“. Meine ehrliche Antwort: Nein, ist es heute noch nicht. Das ist auch grundsätzlich kein Problem. Wenn sich die Welt ändert, dann müssen sich Systeme anpassen. Das ist die Herausforderung, der wir im Markt begegnen. Das ist die Herausforderung, der Sie auf regulatorischer Seite begegnen müssen. Aber die Sache ist, wir können dieses Potenzial unseres Finanzsystems, und damit auch Hand in Hand



gehend die Signalwirkung seitens der Finanzierungsstrukturen auf Seiten der öffentlichen Hand, nicht ungenutzt lassen, wenn wir uns auf der anderen Seite das Ziel setzen, wettbewerbsfähig und widerstandsfähig hinsichtlich unserer wirtschaftlichen Wertschöpfung zu sein. Jetzt freue ich mich auf Ihre Fragen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Inhaltlich war das ein Feuerwerk und zeitlich so gut wie eine Punktlandung. Vielen Dank auch dafür.

Sachverständige **Kristina Jeromin** (Green and Sustainable Finance Cluster Germany e.V.): Zum Glück. Ich hatte vergessen, zwischendurch auf die Uhr zu sehen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ich sehe schon erste Wortmeldungen, nämlich Herrn Riexinger, Frau Ganserer, Herrn Zorn und Herrn Brinkhaus. Wir beginnen bei Herrn Riexinger.

Abg. **Bernd Riexinger** (DIE LINKE.): Ich habe mich so schnell gemeldet, da ich heute auch früher gehen muss. Von daher hoffe ich, dass ich die Antwort noch mitbekomme. Sie haben ja selber die Frage des „Green Washing“ angesprochen. Es ist ja noch gar nicht so lange her, dass es eine Untersuchung von einem amerikanischen Think Tank gab, die insgesamt 25 große Weltkonzerne hinsichtlich der Frage der Nachhaltigkeit ihrer Produktion oder ihres Wirtschaftens untersucht haben. Ich zitiere mal: „Aber was sie fanden, waren weit verbreitetes ‚Green Washing‘, Täuschung und Tricksereien mit dem Etikett der Klimaneutralität“. Dieser Befund würde mich ein bisschen interessieren, wenn es solche international aufgestellten Konzerne gibt, die sehr viel tricksen, um Werbung zu machen oder um auch eine gute Bewertung zu erhalten, und wie Sie denn herausbekommen, was da tatsächlich „nachhaltig“ ist. Das sind ja große Konzerne, die große Werbeabteilungen haben und große Täuschungsgruppen und Juristen und so weiter. Im Gegensatz hierzu sind Sie sind ja eine so kleine Gruppe in Ihrem Beirat. Die Frage, die sich mir stellt ist: Wie kommt man denen praktisch auf die Schliche?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dankeschön. Dann als Nächstes Frau Ganserer.

Abg. **Tessa Ganserer** (BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Jeromin, für Ihre Ausführungen. Ich teile Ihre Einschätzung vollumfänglich, dass das Ziel der ökologischen Transformation unserer Wirtschaft und unserer Industrie mit der entsprechenden nachhaltigen Finanzwirtschaft Hand in Hand gehen muss und dass sich beides eben auch wirklich verzahnen sollte. Sie haben eingangs auch erwähnt, dass wir in Deutschland mit dem Prozess erst drei Jahre nach der EU begonnen haben. Sie waren ja auch in der letzten Legislaturperiode in dem Sustainable Finance-Beirat der Bundesregierung. Sie haben auch auf die 31 Empfehlungen hingewiesen, ohne dass Sie uns jetzt die 31 einzeln vorgestellt haben. Vielleicht könnten Sie noch Mal ausführen, was aus Ihrer Sicht in dieser Legislaturperiode die wichtigsten Maßnahmen für Deutschland sind und wo die Bundesregierung am dringendsten wirklich tätig werden muss.

Vielen Dank an dieser Stelle für Ihre Einschätzung zur Taxonomie. Gerade im Hinblick auf "Atom" und „Gas“ haben wir Grünen auch unsere Bauchschmerzen. Aber da würde mich auch Ihre Einschätzung interessieren, welche Auswirkungen die Vorgaben der EU auf das Marktgeschehen kurz- und mittelfristig haben werden und auf die Finanz- und die Realwirtschaft.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Frau Ganserer. Dann jetzt Herrn Zorn, anschließend Herr Brinkhaus, und dann folgt eine Antwortrunde.

Abg. **Armand Zorn** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Liebe Frau Jeromin, liebe Kristina, vielen Dank für den tollen Vortrag. Innerhalb von zehn Minuten hast Du uns einen guten Überblick über das Thema gegeben und bist auch auf die wichtigsten Spannungsfelder eingegangen.

Ich würde gerne zwei Fragen stellen, wenn ich darf. Ich versuche, das auch so schnell wie möglich zu machen. Um Finanzströme hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu bewegen, braucht man natürlich auch die größtmögliche Transparenz über das, was tatsächlich da passiert. Ich behaupte einfach, dass das zum jetzigen Zeitpunkt nicht der Fall ist. Wir haben aber die komplexe Situation, dass wir natürlich das Thema nicht nur in Deutschland behandeln müssen, nicht nur in Europa, sondern auf der gesamten Welt. Ich war letzte Woche in Washington, D.C.,



wo ich mich mit vielen Leuten getroffen habe, sowohl von der Biden-Administration als auch mit Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern. Dort gibt es ja den Ansatz, dass man letztendlich nicht viel machen muss, weil der Markt das schon regeln wird. Das ist ja traditionell in Amerika ein Ansatz. Nicht zuletzt gab es vor ein paar Wochen, im Hinblick auf die Transparenzkriterien wenn es um Finanzströme geht die neu veröffentlichten Standards des International Sustainability Standards Board (ISSB). Hierzu würde mich Deine Einschätzung interessieren. Ich weiß auch, dass eine Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission auch an entsprechenden Transparenzkriterien arbeitet. Da würde mich das Spannungsverhältnis zwischen unseren Standards, die wir versuchen hier in Europa zu entwickeln, und den Standards, die international gesetzt werden, interessieren.

An dieser Stelle noch eine kurze Frage: Mich würde auch Deine Meinung im Hinblick auf „Blended Finance Fonds“ als Instrument interessieren, inwiefern das auch etwas wäre, was wir außerhalb der entwicklungspolitischen Agenda benutzen können, was wir auch vielleicht hier für nachhaltige „Impact Investments“ in Deutschland oder in Europa einsetzen könnten. Vielen Dank.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank. Herr Brinkhaus.

Abg. **Ralph Brinkhaus (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Kleebank. Also ich glaube, Sie stellen das Licht von „Sustainable Finance“ ein bisschen unter den Scheffel. Ich denke mal, das wird zwangsläufig schon der große Treiber werden. In Ihren Empfehlungen haben Sie ja auch geschrieben, dass es jetzt nicht nur um Kapitalbereitstellung, sondern auch um Kreditvergabe und alle Bereiche der Finanzierung gehen soll. Das wird schon eine große Wirkmächtigkeit haben. Deswegen meine erste Frage: Sie haben gesagt, na ja, also das sind Brückentechnologien, das mit „Gas“ und „Atom“ muss man im Energiegesetz regeln. Trotzdem ist es ja so, dass es irgendwo abgebildet werden muss im System. Was ist Ihre Antwort darauf?

Zweite Frage: Wir haben ja – und Herr Zorn hat das auch eben angesprochen – viele privatrechtliche internationale Organisationen, die sich mit dem Thema auseinandersetzen und

implizit auch die Standards setzen. An dieser Stelle frage ich mich in diesem Spannungsfeld natürlich auch als Parlamentarier – wir könnten auch über die TCFD („Task Force on Climate-Related Financial Disclosures“) sprechen –, inwieweit ist das ein demokratisch legitimer Prozess oder sitzen da – ähnlich wie bei der International Financial Reporting Standards Foundation (IFRS) – irgendwelche Privatorganisationen und sagen der Welt, was zu tun ist?

In dem Zusammenhang die nächste Frage: Eine Sache, die insbesondere die mittelständigen Unternehmen nicht beunruhigt, aber über die doch gesprochen wird, ist das Thema „Berichtspflicht“. Sie empfehlen in Ihren Publikationen Berichtspflichten für Unternehmen ab 250 Mitarbeitern. Jetzt komme ich aus dem Rechnungswesen und ich weiß, was IRFS bedeutet, und ich weiß, was das für den Mittelstand bedeutet. Ich weiß, dass da hinterher der Senf teurer geworden ist als das Würstchen, weil es halt so umständlich geworden ist. Wie wollen Sie diesen Widerspruch auflösen, dass das Ganze dann auch tatsächlich mittelstandsfreundlich ist? Mittelstandsfreundlich bedeutet ja, dass diejenigen, die Geld geben, nicht ihren Anforderungen aus ihrer Unternehmensklasse als mittelständisches Unternehmen entsprechen. Das heißt also, sie haben eine große Bank, die finanziert irgendjemanden, die unterliegt voll den Berichtspflichten und sagt dann dem kleinen Unternehmen mit 250 Mitarbeitern, ihr müsst jetzt aber auch die Berichtspflichten voll erfüllen, weil sonst sind die nicht compliant. Also, das ist der nächste Punkt.

Dann hätte ich gerne noch eine Einschätzung von Ihnen: Wenn wir diesen ganzen Komplex „Taxonomie“, „Sustainable Finance“ sehen, dann sind wir momentan relativ eng auf den Umwelt- und auf den Klimabereich beschränkt. Aber Sie kennen auch die Diskussion, das Ganze irgendwo zu erweitern. Dann kommen wir natürlich in ein Spannungsfeld hinein, wenn wir das auf die anderen Nachhaltigkeitsziele oder sonstigen Ziele anwenden, die die Politik sich dann gibt. Wie weit werden wir dann noch eine Wirtschaft haben, die frei agiert, oder wie weit kommen wir dann über die Hintertür der Finanzierung in eine



Planwirtschaft hinein?

Dann die letzte Frage zu dem Thema: Wenn das Ganze auch politisch beeinflusst ist, dann sind natürlich wechselnde Mehrheiten in den entsprechenden Parlamenten auch ein Treiber für die Standards, die gesetzt werden. Jetzt haben wir aber keine Synchronisation von Investmentzeiträumen mit politischen Zeiträumen. Investmentzeiträume sind in der Regel länger. Wie wollen wir da eine Verlässlichkeit herstellen? Ich könnte noch mehr Fragen stellen, aber lassen wir es erst Mal dabei.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Das war schon ein ordentliches Feuerwerk. Vielen Dank, Herr Brinkhaus. Gleich kommen wir zur Antwortrunde. Ich will nur vorneweg schon sagen, dass wir für die nächste Fragerunde Herrn Al-Halak und Herrn Dr. Tebroke haben. Herr Glaser kommt noch dazu und Herr Wagner. Dann hätten wir auch schon wieder vier Fragende beieinander, und jetzt sind wir alle auf die Antworten gespannt.

Sachverständige **Kristina Jeromin** (Green and Sustainable Finance Cluster Germany e.V.): Herr Riexinger, Sie haben gefragt, wie man „Green Washing“ erkennt. Also erst Mal: Der Beirat soll „Green Washing“ nicht erkennen, sondern im besten Falle sollten das die Akteurinnen und Akteure aus der Branche selbst.

Viele der Fragen beziehen sich auf Transparenz und auf die Berichtspflichten. Früher hieß das ja beispielsweise „Corporate Social Responsibility Report“. Da sind dann sehr viele schöne bunte Bilder und sehr viel „Story Telling“ vorzufinden, was man alles so „nachhaltiges“ macht, aber es fehlt ein bisschen die Verknüpfung zur tatsächlichen Unternehmenswelt, also zu den klassischen Finanzkennzahlen. Das ist ja alles schön zu haben. Wenn man dann aber Geld einspart, dann fallen auch viele dieser Aktivitäten weg. Das ist aber im Bereich „Sustainable Finance“ nicht gemeint, sondern es geht um wesentliche Kennzahlen. Das heißt, Ziel muss es sein, die Wirkung des Geschäftsfeldes auf die Welt da draußen abzubilden und auch umgekehrt, die Auswirkungen von Externalitäten auf das Geschäftsfeld möglichst quantifiziert darzustellen. Das wäre die perfekte Welt. Dort sind wir aber noch lange nicht.

Aktuell sind Unternehmen ab 500 Mitarbeitenden von der sogenannten „Corporate Sustainability Reporting Directive“ betroffen. Dabei sind die Unternehmen gefragt, entweder in einem gesonderten Bericht, in einem Extrakapitel im Lagebericht, der fälschlicherweise „Nicht-finanzielle Erklärung“ genannt wird, dies darzustellen. Wenn das nämlich nicht-finanziell wäre, dann würde im Finanzmarkt kein Hahn danach krähen. Das sind die drei Möglichkeiten, die es aktuell gibt. Die gilt es dann natürlich auch zu prüfen und durch den Aufsichtsrat auch letztlich dann wieder zu vertreten. Hier ist die Herausforderung, wenn sie keine Standards haben, gegen die sie diese generierten Kennzahlen prüfen könnten und wenn sie keine Erwartungen haben an den Materialitätsprozess, wie sie überhaupt „Wesentlichkeit“ identifizieren.

Es kann sein, dass z. B. ein Klimarisiko ein bestimmtes Geschäftsfeld erst in zehn Jahren trifft. Dann könnte man ja mit einem Risikohorizont von zwei bis drei Jahren sagen, „Nein, das interessiert uns noch gar nicht. Es ist noch nicht wesentlich, daher müssen wir hierzu zunächst nichts berichten“. Das heißt, wir haben zwar eine Gesetzgebung im Zusammenhang mit der „Corporate Sustainability Reporting Directive“, wir haben aber keine Benchmarks, gegen die wir das verlässlich prüfen könnten. In Folge kommt es immer wieder dazu, dass die hier getätigte Offenlegung letztlich genau vor diesem Schummeln, des „Green Washings“, nicht schützt, sondern dass wir nach wie vor in der Situation sind, uns ganz mühselig – und das müssen dann vor allem die Investorinnen und Investoren am Kapitalmarkt machen – durch diese einzelnen Berichte zu graben. Am Ende ist es häufig Glaubenssache. Das ist ja genau mein Punkt. Das darf es halt nicht sein. Sondern, wenn das finanzielle Aspekte hat – diese Kennzahlen –, dann müssen die möglichst standardisiert sein, also – sehr ähnlich zu den klassischen Finanzkennzahlen – eng verwoben sein und mit diesen offengelegt werden, sodass hier a) eine verlässliche Überprüfung, aber auch b) natürlich eine verlässliche Steuerung möglich ist. Genau deswegen ist es hier so wichtig, dass wir uns für europäische Standards einsetzen. Ansonsten wird es sehr schwierig werden, dem „Green Washing“ Einhalt zu bieten. Auf der anderen Seite aber gibt es auch Unternehmen, die meinen das sehr ernst



mit der „Nachhaltigkeit“ und begehen gar nicht bewusst „Green Washing“, sind aber so verloren in diesem Dschungel an freiwilligen Standards – Herr Brinkhaus hat es eben schon angesprochen –, die es da gibt. Sie sind so verloren in diesem Dschungel, dass am Ende eben auch kein Schuh daraus wird. Diese Unternehmen tappen in die Falle, und dann wird gesagt, „Ja, das, was ihr da berichtet habt, das ist so nicht haltbar“. Also, klare Standards helfen allen – sowohl denen, die bewusst schummeln wollen, als auch denen, die genau das vermeiden wollen.

Frau Ganserer, zu Ihrer Frage und dem Hinweis, dass wir in Deutschland mit dem Prozess erst drei Jahre nach der EU begonnen haben: Das sehen wir ähnlich. Bezüglich der Kapitelübersicht in den 31 Empfehlungen steht zunächst am Anfang der politische Rahmen – Politische Kohärenz als grundsätzliche Voraussetzung, die notwendig ist, um das Potenzial dann auch gezielt zu nutzen. Da geht es im Wesentlichen darum, dass es nicht unbedingt nur neue Regulierungen gibt, sondern z. B. bestehende Regulierungen harmonisiert werden müssen. Ein Beispiel dazu: Die Banken sind aufgefordert, im Rahmen des Aktionsplanes der EU jetzt jährlich ihre „Green Asset Ratio“ zu berichten. Dies bezieht sich auf alle Finanzierungen und Investments, die in den nachhaltigen Bereich gehen. Unternehmen, die nach der eben genannten „Corporate Sustainability Reporting Directive“ berichten, also aktuell nur Unternehmen ab 500 Mitarbeitenden, können überhaupt taxonomiekonform sein. Die Taxonomie und die „Corporate Sustainability Reporting Directive“ sind miteinander verschränkt. Jetzt überlegen Sie sich aber mal, wie viele der Unternehmen, beispielsweise im Bereich der Erneuerbaren Energien, haben überhaupt gar keine 500 Mitarbeitenden, müssen also gar nicht berichten und können daher gar nicht mit der Taxonomie konform sein bzw. können in Folge nicht im Bereich der „Green Asset Ratio“ aufgeführt werden. Das betrifft viele Banken, wie beispielsweise nicht nur die GLS-Bank (Gemeinschaftsbank eG) oder auch die DKB (Deutsche Kreditbank AG), die sich darüber beschweren und sagen, dass sie sehr viele nachhaltige Dinge finanzieren, dass sie sich aber damit nicht brüsten bzw. sie dies nicht in ihrer „Green Asset Ratio“ ausweisen könnten, weil einfach die grundsätzlichen Anforderungen nicht

getroffen seien. Stattdessen kann man jetzt aber Finanzierungen von „Gas“ und „Atom“ in der „Green Asset Ratio“ als nachhaltiges Investment ausweisen. Hier geht es gar nicht darum, alles neu zu machen, sondern manchmal die Dinge einfach sinnvoll miteinander zu harmonisieren, so dass das eine dann zu dem anderen führt. Deswegen ist politische Kohärenz ungemein wichtig, wofür wir uns als Mitgliedsstaat einsetzen müssten. Das wäre tatsächlich eine grundsätzliche Haltung gegenüber dem europäischen Prozess. Das sehe ich als absolut relevant an.

Dann zu der Frage, „Wie schafft man kurzzeitig ein bisschen Licht im Dunkeln?“ und hinsichtlich der Frage, was denn jetzt wirklich „grün“ ist: An dieser Stelle sagen wir immer, „Warten wir, bis die EU das doch bestimmt.“, aber in der ganzen Zeit bleibt ja die Unsicherheit der Privatkundinnen und Privatkunden gegenüber der Finanzbranche. Also hat der Beirat beispielsweise ein Ampelsystem für bestehende Finanzprodukte empfohlen, damit hier mehr Verlässlichkeit und mehr Transparenz geschaffen wird. Das könnte der eine oder andere als „Gold Plating“ bezeichnen. Sinnvoll wäre auch, dass man überlegt, dass man als zentraler Mitgliedsstaat der EU im Prinzip in der Verantwortung ist, dieses Thema voranzubringen und vielleicht auch einen Schritt voranzugehen, wenn die anderen noch zögern.

Ein ganz zentraler Punkt, der es leider nicht in die 26 Maßnahmen der alten Bundesregierung geschafft hat, ist der Bereich des Immobiliensektors und des Gebäudemanagements. Hier haben wir einen ungemein CO₂-intensiven Bereich, der transformiert werden muss. Genau hier geht es – wie auch Herr Brinkhaus, glaube ich, sagte – um unglaublich langfristige Investments. Denn solche Gebäude sind etwa 40 bis 50 Jahre alt, bis so etwas finanziert wird. Hier brauchen wir bezüglich des Gebäudebestandes in Deutschland einfach sehr dringend Daten. Vieles davon ist eben im staatlichen und nicht im privaten Besitz. Wir brauchen aber auch Standards für Neubauten, um hier auf energiepolitischer Ebene klug handeln zu können. Transparenz ist der Schlüssel für die Branche, um zu verstehen, wie hoch die Klimarisiken in den bestehenden Assets sind und zukünftige Assets gezielt klimaneutral



auszurichten. Das heißt, es braucht eine Gebäudedatenbank und einen verlässlichen Transformationsplan für diesen Sektor.

Ich weiß nicht, ob Sie das wissen, aber das Klimaziel hat sich nicht in die Finanzierung der öffentlichen Hand niedergeschlagen. Aktuell gibt es überhaupt gar keine Nachhaltigkeitsaspekte, die die Finanzierung der öffentlichen Hand steuern, sondern Finanzmittel werden rein konventionell angelegt. Es geht mir hier nicht um moralische Fragen, sondern das ist einfach nicht wirtschaftlich, in dem Moment, in dem man große Risiken unserer Zeit einfach aus dem eigenen Investmentgebaren herauslässt. Die Klimaziele von Paris und übrigens auch die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, die sind ja schon verabschiedet worden. Das heißt, wir müssten damit anfangen, diese in unser tatsächliches Handeln auch runter zu kaskadieren. Dies wäre sehr wichtig. Wenn nämlich die öffentliche Hand solche Punkte implementiert, ist es immer eine sehr starke Signalwirkung für den Markt.

Dann noch zu der Frage, die ich eben bei der Taxonomie-Debatte gestellt habe: „Meint die Politik das ernst“? Dieses Fragezeichen wird dann zu einem Ausrufezeichen, und der Markt bewegt sich in dem Moment, in dem von staatlicher Seite vorangegangen wird. Das ist eben nicht „Staat“ oder „Markt“, sondern es muss beides sein. Da komme ich gleich zu Dir, Armand Zorn, wir kennen uns. Die Debatte, dass der Markt dieses regelt, gibt es auch in Deutschland und wird auch prominent immer wieder vertreten. Ehrlich gesagt wundert es mich an der Stelle. Die Stimmen werden sogar wieder lauter. Was wir uns hier leisten ist, dass wir diese zwei Dinge gegeneinander ausspielen, die eigentlich geschickt ineinandergreifen müssten, um das vollumfängliche Potenzial auch unserer wirtschaftlichen Innovationskraft zu nutzen. Das hält uns total auf. Ich würde sagen, es ist eine alte Debatte. Die Politik, der Staat, der regulatorische Rahmen – all das kann dem Markt helfen, seine Rolle zu spielen. Das wird er dann auch tun. Markteigene Dynamiken, die ergeben sich nicht aus dem luftleeren Raum, sondern die ergeben sich eben aus klaren Rahmensetzungen und klar ausgerichteten Zielvorstellungen. Wenn wir als Staat von A nach B wollen, dann müssen wir das

entsprechend auch niederschreiben. Vor dem Hintergrund stellt sich die Frage der Rolle von privaten Akteuren, die Standards im internationalen Raum setzen im Gegensatz zu europäischen Akteuren, wie die European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG). Hier gibt es nämlich gerade einen Prozess zur ganzheitlichen Bilanzierung. Der Ansatz sieht vor, die zusätzlichen Kennzahlen aus dem Bereich der Umwelt, dem sozialen Bereich und dem Unternehmensführungs-Bereich in klassische Bilanzierungsmodelle hinein zu holen. Da sehe ich die Aufgabe, auch unter der eben genannten europäischen Verantwortung, bei uns. Es braucht einen klaren verlässliche Rahmen von staatlicher Seite, um diese Prozesse zu unterstützen, in dieser diffusen Welt von freiwilligen Standards im internationalen Raum bzw. der Unternehmen, die am Ende die Berichterstattung leisten müssen, statt diese alleine zu lassen. Das heißt, wir haben hier natürlich mit der Ansiedlung des International Sustainability Standards Board (ISSB) schon einen tollen Standortvorteil für den Finanzplatz Deutschland. Aber wir müssen uns überlegen, wie wir mit diesen Akteurinnen und Akteuren arbeiten wollen in Bezug auf unsere Regeln und unsere Vorstellungen von europäisch hochwertigen Standards. Ziel darf nicht sein, dass wir uns da irgendetwas diktieren lassen, was am Ende vielleicht der Wirtschaft kurzfristig einen „schlanken Fuß“ macht bzw. ihnen etwas erleichtert, aber eigentlich nur dadurch, indem Dinge aufgeschoben werden. Das ist auch wichtig, damit wir verstehen, dass Wirtschaftsschutz nicht zwangsweise darin besteht, dass wir einzelne Regulierungen verhindern oder über zwei, drei Jahre nach hinten verschieben, sondern richtiger Wirtschaftsschutz bedeutet, zur richtigen Zeit einzusehen, welche Maßnahmen es zu ergreifen gilt, um die Wirtschaft mittel- bis langfristig auszurichten. Daher ist, und ich finde auch die konsequente Frage daraus, „Blended Finance“ natürlich ein hervorragendes Instrument und Modell, um genau diese Transformationsbewegung abzubilden. Nur weil wir uns dann entscheiden, diese Transformation erfolgreich zu bestreiten, ist ja nicht von heute auf morgen alles „grün“, sondern wir haben sehr viele wichtige Unternehmen für unseren Wettbewerbsstandort, denen es sehr schwer fallen wird, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen und die



in Folge dessen enorme Probleme in der Umstellung ihrer Liefer- und Wertschöpfungsketten haben. Die können wir nicht einfach schließen, sondern wir brauchen die alle. Die Begleitung, also das permanente „Schritt für Schritt besser werden“, das Annähern an die politisch verabschiedeten Ziele über gezielte und transformationsbewegungsabbildende Finanzierungsmöglichkeiten, das ist genau der Weg, den wir gehen müssen. Das wird sehr anspruchsvoll. Aktuell sagen wir regelmäßig statisch, ob etwas „gut“ oder „schlecht“, „nachhaltig“ oder „nicht nachhaltig“ ist. Hier werden eben auch Transparenzstandards helfen, diese Transformationsreise abzubilden. Ein Unternehmen, das heute noch hier steht, aber nach eigener Strategie in drei Jahren woanders stehen soll, braucht entsprechende Unterstützung. Fraglich ist, wie die Bank bzw. die Investorin dies gezielt begleiten könnte? Wie kann man hier Transformationspfade gemeinsam entwerfen und gemeinsam beschreiten? Das wird sehr spannend, und das ist auch die große Aufgabe. Ich finde, das ist eigentlich ein schönes Ergebnis aus dieser Transformationsgeschichte im Sinne eines engeren Schulterschlusses zwischen Realwirtschaft und Finanzbranche. Am Ende braucht es hier starke Partnerschaften, um Finanzierung im Ergebnis auch zum Erfolg werden zu lassen.

Frau Ganserer, Sie hatten eben noch Fragen zur Kapitelübersicht im Bericht. Ich schließe das noch kurz ab in Bezug auf die politische Kohärenz. Im zweiten Kapitel geht es um Standards und Transparenz, also genau über diese Transparenz- und Reportingfragen und um eine vorausschauende Berichterstattung als ein zentraler Lösungsweg. Im dritten Kapitel geht es um den Wissensaufbau, der im Finanzsystem erfolgen muss, von den Aufsichtsratsebenen über den Vorstand bis auf die Ebene der Mitarbeitenden. Wenn Sie sich beispielsweise vorstellen, ab August dieses Jahres muss „Nachhaltigkeit“ Teil jedes Beratungsgesprächs in der Bank sein. Die Mitarbeitenden, die diese Beratungsgespräche führen, die müssen ja auch mit entsprechendem Wissen ausgestattet sein, um das verantwortungsvoll machen zu können. Es braucht die Kundin, den Kunden, der da nachfragt und auch ein bisschen was davon verstehen muss. Aber es braucht eben auch, um diese Beratung

und Begleitung seitens der Bank zu ermöglichen, eine entsprechende Expertise. Diese muss am besten in einem strategischen Ansatz auch vom Aufsichtsrat und Vorstand getragen werden. Wenn sich diese Bewegung aus der Belegschaft bzw. den Mitarbeitenden in einem guten Ton mit der Spitze des Unternehmens trifft, dann setzt sich so etwas einfach am schnellsten durch.

Im vierten Kapitel geht es dann um die tatsächlich wirksamen, nachhaltigen Finanzprodukte. Im fünften Kapitel, und das ist mir auch ein wichtiges Anliegen, geht es um die Frage der Institutionalisierung von „Sustainable Finance“. Ehrlich gesagt ist es unrealistisch, dass wir einen Beirat mit 30 Mitgliedern einberufen und dann läuft die Angelegenheit „von selber“, nachdem wir in Deutschland auch schon drei Jahre zu spät sind. Da braucht es ein bisschen mehr. Diese Menschen haben alle Jobs – in meinem Fall sind es teilweise ja schon mehr als 100 Prozent Arbeitszeit –, und dann sollen sie auch noch die Bundesregierung beraten. Das machen wir gerne, und das ist eine große Ehre, aber sie können ganz unmöglich das, was sie da beraten, auch noch umsetzen. Die Frage ist, welche Möglichkeiten der Unterstützung des zukünftigen Beirates und der Sustainable-Finance-Landschaft in Deutschland gibt es im Sinne einer Plattform, eines umsetzungsorientierten Akteurs, wo tatsächlich Mensch angestellt sind, die an Umsetzungsideen arbeiten, die den europäischen Prozess eng begleiten und die Bundesregierung in Abstimmung mit dem Beirat beraten. Ich möchte die Arbeit des letzten Beirates wirklich nicht kleinreden. Wir haben uns sehr viel Mühe gegeben, aber irgendwann hat jeder Tag zeitlich Grenzen und jede Woche hat nur sieben Tage. Auch hinsichtlich der Expertise der konkreten Umsetzungsfragen wäre es dringend angeraten, hier mehr zu schaffen als eine Geschäftsstelle des Beirates mit ein bzw. zwei Personen, die da arbeiten. Das ist auch ein wichtiger Punkt.

Ich stelle das Licht von „Sustainable Finance“ nicht unter den Scheffel. Ich bezweifle nur, dass wir dem Thema von regulatorischer Seite aktuell schon gerecht werden. Das ist – glaube ich – etwas ganz anderes. Im Hinblick auf das Energiegesetz muss das Thema dort abgebildet werden bzw. dort muss die Debatte stattfinden. Aber bei uns, also im Klassifizierungssystem, muss es sich auf jeden



Fall abbilden. Wie wäre es beispielsweise gewesen, wenn man mit Übergangsfristen im Rahmen der Taxonomie gearbeitet hätte? Das man beispielsweise feststellt, dass die Finanzierung von Gas noch taxonomiekonform ist? Wir haben aber diesen Transformationspfad vor Augen. Wenn wir den konsequent beschreiten, dann sind wir in drei Jahren vielleicht an einer anderen Stelle. Das wäre gut gewesen. Da weist der Markt auch so ein bisschen den Weg. Ich glaube, das Verhältnis von „privaten Akteuren“ und „Standards setzen“, das habe ich eben schon ein bisschen klar gemacht. An dieser Stelle beißt aber die Maus keinen Faden ab: Ein guter, zielgerichteter regulatorischer Prozess verhindert den Wildwuchs. Genau da ist nämlich die Frage: Wer hat welche Interessen? Sie kennen ja diese Berichterstattungsstandards. Bei den einen ist dieses Unternehmen dabei und arbeitet mit, bei den nächsten sind andere Unternehmen dabei. Wir müssen uns da nichts vormachen, natürlich stehen da individuelle Interessen im Hintergrund. Ich finde es schon gut, dass der Markt sich selbst auch dem Thema annimmt. Das trifft ja auch Ihren Blick auf das Thema, zu sagen, der Markt hat entsprechende Innovationspotenziale und bringt auch immer wieder Wissen aus der Anwendung bzw. aus sich selbst heraus mit in den Prozess hinein. Aber das klug zu kanalisieren in einem klar abgesteckten regulatorischen Rahmen, das würde deutlich die Unordnung, bzw. das Chaos minimieren.

Bezüglich der Berichtspflichten für die Unternehmen: Ich habe ja sehr lange an der Börse gearbeitet und kenne mich auch ganz gut aus mit dem Mittelstand und kenne auch die Bedenken der Unternehmen, die zu dieser Offenlegung verpflichtet sind. Die muss man sehr ernst nehmen. Genau wie ein Wissensaufbau in der Finanzbranche erfolgen muss, muss es natürlich auch in der Realwirtschaft geschehen. Wenn diese Unternehmen dann erstmal eine Berichtspflicht haben, dann sind die häufig wie erschlagen und sagen, das können wir alles gar nicht leisten, dann müssen wir, weil wir in der Lieferkette von A und B sind, dies und das auch noch nachweisen. Ich versuche, da immer ein bisschen anders heranzugehen. Wenn Sie als Unternehmer es sich erlauben, nur auf einen Teil der wesentlichen Aspekte – und Wesentlichkeit bedeutet, dass es eine Auswirkung hat auf den finanziellen Erfolg

dieser Unternehmung heute oder in Zukunft – Rücksicht zu nehmen, gleichzeitig auf einen anderen Teil keine Rücksicht nehmen, nur weil er irgendetwas mit „Klima“ zu tun hat und deswegen vielleicht irgendwann mal ein „weiches Kriterium“ gewesen ist, dann machen Sie Ihren Job nicht gut. Am Ende hat jedes Unternehmen ein Risikoprofil.

Abg. **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): Sie machen es sich ein bisschen einfach. Haben Sie schon einmal in so einem Unternehmen gegessen und eine Berichterstattung gemacht?

Sachverständige **Kristina Jeromin** (Green and Sustainable Finance Cluster Germany e.V.): Ich habe das für einen Dax-Konzern gemacht. Haben Sie das auch schon gemacht?

Abg. **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): Ja, das habe ich auch gemacht.

Sachverständige **Kristina Jeromin** (Green and Sustainable Finance Cluster Germany e.V.): Ich würde gerne aussprechen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Und ich muss anschließend einen Punkt setzen.

Sachverständige **Kristina Jeromin** (Green and Sustainable Finance Cluster Germany e.V.): Die Unternehmen sind in der Verantwortung, sich ganzheitlich aufzustellen, um wettbewerbsfähig zu sein. Das verstehe ich ehrlich gesagt unter einem guten UnternehmerInnenstum. Das ist die klassische Verantwortung. Natürlich ist es unbequem, wenn sich die Welt ändert und sich damit eben auch das Risikoprofil verändert. Aber – ganz ehrlich – das verstehen wir doch auch unter „Innovationsreichtum“, dass wir dem gewachsen sind. Wirtschaftsschutz so zu verstehen, dass man ihnen all das vom Hals hält und sie davor schützt, Ihren eigenen Risiken und Ihren eigenen Chancen ins Auge zu blicken, halte ich für einen verfehlten Schutz. Der Markt ist frei innerhalb dieser regulatorischen Grenzen. Sie haben wieder dieses Bild von „Staat oder Markt“ bemüht. Ich würde tatsächlich bitten, darüber hinweg zu kommen. Ich denke, dass wir genau den Unternehmen einen Bärendienst erweisen, die heute noch zaudern und die große Bedenken haben, wenn die auch noch mitbekommen, dass wir im politischen Rahmen so zaudern und nicht bereit sind, klare Schritte einzuhalten.



Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):

Dankeschön. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass Herr Brinkhaus nicht das Thema „Markt oder Staat“ aufmachen wollte. Die nonverbale Kommunikation hat insofern funktioniert.

Ich schlage vor, dass wir eine letzte, ganz kurze Runde machen. Die anschließende Beiratssitzung wird dann eine sehr kurze werden. Das haben Sie ja an der Tagesordnung gesehen. Aber das Thema ist ehrlich gesagt so spannend, dass ich dann lieber nach hinten hinaus gerne noch ein wenig fortsetzen würde. Ich habe jetzt noch als Wortmeldungen Herrn Al-Halak, Herrn Dr. Tebroke, Herrn Glaser, Herrn Wagner und Frau Dr. Kersten. Ich bitte Sie, sich mit der Redezeit ein wenig zu disziplinieren. Herr Al-Halak, Sie haben das Wort.

Abg. **Muhanad Al-Halak (FDP):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Jeromin, ich habe zwei kurze Fragen. Damit es wirklich kurz bleibt, habe ich es mir aufgeschrieben. Sie haben die Pariser Klimaziele angesprochen. Welche Methoden haben Sie konkret im Sinn, um Portfolios der Kreditbanken an die Pariser Klimaziele anzupassen? Für mich als Berichterstatter für Klimaanpassungen sind Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise besonders wichtig. Wie genau kann eine bessere Kommunikation dieser Problematik auch für den Banken- und Finanzsektor aussehen, um das Bewusstsein für die Wichtigkeit einer besseren Finanzierung dieser wichtigen Problematik zu erhöhen? Das sind meine zwei Fragen. Vielen Dank.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):

Dankeschön. Herr Dr. Tebroke, Sie haben das Wort.

Abg. **Dr. Hermann-Josef Tebroke (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Frau Jeromin, vielen Dank für Ihren Vortrag und die Bereitschaft zur Diskussion.

Vielleicht eine kurze Vorbemerkung. Es gab vor einiger Zeit ja schon mal Literatur in der Praxis bezüglich Bemühungen um die Wertschöpfungsrechnung. Ich glaube, da könnte man anknüpfen. Der zweite Punkt ist, dass die Diskussion um die EU-Taxonomie gezeigt hat, dass man es auch falsch aufsetzen kann. Und der dritte Punkt ist, dass ich klar machen möchte,

dass wir natürlich die Bedeutung der Kapital- und Finanzmärkte für die Transformation erkennen. Ich glaube, dass da auch ein wesentlicher Beitrag geliefert werden soll. Es kommt nur darauf an, dass wir diesen Beitrag auch richtig anreizen. Da bin ich ein bisschen skeptisch, wenn Sie sehr viel von „Regulierung“ reden und der Eindruck entsteht, irgendjemand wüsste, wie es richtig und besser geht. Ihr Vortrag ist sehr mitreißend, aber – wenn ich das so sagen darf – sehr appellativ, sehr auf die Moral abzielend.

Sachverständige **Kristina Jeromin (Green and Sustainable Finance Cluster Germany e.V.):** Wenn ich schon mal bei Ihnen zu Gast sein darf, dann mache ich das.

Abg. **Dr. Hermann-Josef Tebroke (CDU/CSU):** Also, ich habe ja gesagt, die Bedeutung ist unbestritten, aber Ihr Beitrag ist sehr appellativ, und ich glaube, dass es besser wäre, wenn der Markt bzw. die Marktteilnehmer sich so verhalten wie es gewünscht ist, weil sich das nicht ergibt als Gebot der Moral, sondern als Gebot der Klugheit. Der Finanzmarkt ist sehr leistungsstark, was Allokation angeht. Er braucht bestimmte Informationen, er braucht aber keine besserwisserischen Ratschläge. Wenn das so empfunden wird, ist das kontraproduktiv. Da möchte ich ein paar Beispiele nennen. Ich weiß gar nicht, warum wir immer versuchen wollen, alles zu labeln, um es auf ein Zertifikat zu bringen, auf einen „Grünen Punkt“ oder zwei „Grüne Punkte“, weil damit Verdichtungsprozesse vorausgesetzt werden, die nicht von allen gleichermaßen geteilt werden. Herr Brinkhaus hat es ja gerade schon gesagt, Sie kommen hinsichtlich der Umweltauswirkungen vielleicht zu einer positiven Einschätzung, aber bei den sozialen Aspekten nicht. Aber warum wollen Sie um Himmels Willen das zu einem Label verdichten? Das ist nicht vertrauensbildend. Wie gehen Sie beispielsweise damit um? Eine Windkraftanlage würden Sie als „Grün“ labeln? Aber wenn jemand, ich sage mal, in einem Zementwerk eine andere Heizungsanlage installiert, die wesentlich weniger CO₂ ausstößt, bleibt es aber trotzdem ein Zementwerk, also ein großes Problem. Das heißt, wir würden möglicherweise damit den Veränderungsprozess nicht beschleunigen, sondern es würde kontraproduktiv wirken. Warum sollten wir uns



nicht darauf beschränken, auch meinetwegen im Bericht zu sagen, was gewogen, gemessen oder gezählt werden kann, aber uns einfach zurückhalten, wenn es darum geht, es zu verdichten oder zu bewerten? Letzteres wird als übergriffig und möglicherweise als kontraproduktiv erkannt. Wäre da nicht viel mehr Zurückhaltung angesagt? Ich glaube, das wäre jedenfalls der Schlüssel, dass wir den Marktteilnehmern, die am Ende entscheiden, ob sie investieren oder nicht, das Material, die Daten zur Verfügung stellen, die sie dann selbst auswerten können. Ich glaube, dass das eine Regulierungsbehörde nicht so gut kann.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Tebroke. Ich bin dankbar, dass es nicht zu viele Beispiele geworden sind. Jetzt hat Herr Glaser das Wort.

Abg. Albrecht Glaser (AfD): Herzlichen Dank. Ich will etwas grundsätzlich sein und trotzdem zeitlich kurz. Die gesamte Philosophie von dem, was Sie ausbreiten: Es stößt genau das Thema an, was gerade schon angedeutet worden ist. Wir alle wissen, wie wir um jedes Prozent Bruttoinlandsprodukt kämpfen. Das wiederum tun wir, weil beispielsweise der Staatsanteil, was da so möglich ist, gewonnen werden muss, um beispielsweise eine nachhaltige öffentliche Finanzwirtschaft zu erhalten. Die kommt bei Ihnen nicht vor. Sie haben das dankenswerterweise auch gesagt, die ist gar nicht im System drin. Aber die Welt funktioniert nur mit Staaten und diese Staaten funktionieren wieder nur mit einer nachhaltigen Finanzwelt. Wenn Sie beispielsweise die Demografie anschauen und die Rentensysteme, und zwar überall da, wo sie so ähnlich strukturiert sind wie bei uns, dann haben Sie ein ganz anderes Problem, das aber mit nachhaltiger Finanzierung enorm viel zu tun hat. Dass Sie an die privaten Finanzmärkte denken und dass Sie das erkannt haben, ist natürlich ein wichtiger Punkt. Aber zu glauben, durch Lenkung von Investitionsströmen kriegen Sie die Erfolge, die Hierarchie des Wertes von Wirtschaftsgütern, seien es Dienstleistungen oder eben andere Wirtschaftsgüter, stimmt nicht überein mit den Regulationsergebnissen aus der Taxonomie.

Auf das Beispiel, das schon genannt worden ist, möchte ich eingehen. Das mit der Atomkraft in

der Taxonomie-Verordnung der EU ist genau der Punkt. Denn sie haben als primäres Problem, die Energie zu gewinnen. Jetzt kommen die Verfechter der Taxonomie und sagen, „Ja, aber ‚Atomkraft‘ und ‚Öl‘ und ‚Gas‘, das darf taxonomisch natürlich überhaupt nicht vorkommen“. Aber die Energieproblematik haben wir ja trotzdem. Die Energie muss ja irgendwo herkommen. Es hat sich in der Welt die Notwendigkeit durchgesetzt, diese Wirtschaftsgüter zu haben. Dass dies so geheimnisvoll war und die Kommission es selbst verändert hat, war ja ein delegierter Rechtsakt der EU. Das heißt, es war gar keine Legislativinstanz. Das war ein Wunder. Wie das passiert ist, weiß ich bis heute nicht so ganz genau, denn dieselben, die vorher etwas gesagt haben, haben ja jetzt etwas anderes gesagt, und es konnte nun nicht mehr aus der Welt geschafft werden, weil man, um einen delegierten Rechtsakt aufzuhebeln, eine qualifizierte Mehrheit braucht. Also, meine Frage ist fundamentaler Natur: Kann das System funktionieren? Denn wenn sie mit gelenkten Investitionsströmen suboptimale wirtschaftliche Ergebnisse erzielen, dann strahlt das aus auf das ganze System und dann steuern sie mit zwei verschiedenen Welten gegeneinander, wo ich überhaupt nicht erkennen kann, dass das funktioniert und dass sich dieser Widerspruch auflöst.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Herr Glaser. Jetzt ist Herr Wagner an der Reihe.

Abg. Johannes Wagner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Jeromin. Auch ich fand Ihren Vortrag sehr mitreißend und habe eine Frage, die noch Mal einen anderen Anteil beleuchten soll. Wir hatten darüber gesprochen, ob Investitionen oder Finanzprodukte nachhaltig sind oder nicht und was vielleicht auch Firmen machen, um ihre nicht-nachhaltigen Produkte als nachhaltig zu klassifizieren. Meine Frage wäre noch mal: Welchen Anteil spielt an dieser ganzen Sache auch der unbekannt Teil von Finanzströmen, den wir gar nicht erfassen oder gar nicht messen können? Stichwort: „Steuersümpfe“ oder „Briefkastenfirmen“. Wird darüber auch gesprochen? Ist das Ihrer Erfahrung nach ein relevanter Anteil für den Teil „Sustainable Finance“ oder ist das in der Gesamtsumme eher vernachlässigbar? Da fände



ich Ihre Einschätzung sehr spannend. Vielen Dank.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dankeschön. Den Schlusspunkt in der Fragerunde setzt Frau Dr. Kersten.

Abg. **Dr. Franziska Kersten (SPD):** Liebe Frau Jeromin, vielen Dank für den Vortrag. Auch eine kurze Frage von mir. Es geht um indexbasierte Termingeschäfte und Spekulation auf Grundnahrungsmittel. Wir kommen gerade aus dem Plenum. Die Ernährungskrise ist ein echtes Problem. Ist das in Bezug auf eine Nachhaltigkeit der Finanzierung irgendwo ein Punkt, den Sie mit beachten, dass da möglicherweise Probleme entstehen könnten oder wird so etwas noch gar nicht betrachtet, weil das durchaus eine andere Gemengelage wäre?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Auch das ist eine spannende Frage im Zusammenhang mit dem Thema „Spekulationsbereich der elementaren Daseinsvorsorge“. Wir sind sehr auf Ihre Antworten gespannt.

Sachverständige **Kristina Jeromin (Green and Sustainable Finance Cluster Germany e.V.):** Zu Ihren Fragen: Welche Möglichkeiten gibt es heute schon, um Kredit- bzw. Asset-Portfolios hinsichtlich ihrer Klimatauglichkeit zu überprüfen? Das genau ist ja die Herausforderung. Es gibt keine standardisierte Formel, wie das dem Markt gelingen kann. Wir arbeiten gerade mit der sogenannten „Net Zero Banking Alliance“. Die Alliance geht zurück auf eine freiwillige Selbstverpflichtung des Marktes, die zwei Jahre alt ist. Falls das hier falsch angekommen ist: Ich bin ein totaler Markt-Fan. Daher bitte ich Sie um Hilfe, diesen Markt genau zu dem Instrument zu machen, dem er auch gerecht wird. Dabei haben wir natürlich die Herausforderung, dass, solange wir keine standardisierte Berechnungsmethode haben, beispielsweise bei den Risikoanalysen bezogen auf die Kreditportfolios auch immer unterschiedliche Ergebnisse herauskommen. Also, der eine wendet „Methode XY“ an und der nächste „Methode AB“. Da fehlt eben auch die Sicherheit. Ich glaube schon, dass das notwendig ist. Das wird auch kein Gesetz von heute auf morgen lösen, sondern der Markt muss mit Standards arbeiten lernen und dann versuchen, aus dieser Erfahrung heraus tatsächlich dann die

Standardisierung zu entwickeln. Da ist aber tatsächlich das letzte Wort noch lange nicht gesprochen.

Das Thema „Klimaanpassung“ ist ja parallel zu dieser großen Transformationsreise auch ein ungemein wesentlicher Aspekt im Rahmen der Finanzierung und zwar häufig viel kurzfristiger als der langfristig angelegte Transformationspfad. Wir müssen davon ausgehen, dass nicht alle Klimarisiken oder Risiken aus anderen Bereichen abwendbar sind. Beispielsweise werden verstärkt Extremwetterverhältnisse auftreten, und es ist die Frage, wie man das dann gezielt und schnell auch mit einer sinnhaften Finanzierung entsprechend unterstützen kann. Das betrifft natürlich vor allem auch das Versicherungsgeschäft. Welche Dinge werden zukünftig noch versicherbar sein? Wie geht man damit um, wenn es zu einer Krisensituation kommt? Gibt es die Möglichkeit, dann auch im Wiederaufbau z. B. über die – wie wir in der Branche sagen – „Build Back Better“-Funktion gezielt Anpassungsmaßnahmen in den Wiederaufbau einfließen zu lassen? Das ist tatsächlich auch ein Bereich der Anpassungsfinanzierung, den ich jetzt als wichtigen Punkt auch im Rahmen des nächsten Beirates sehen würde, um hier einfach tiefer zu gehen. Wir haben das mit den 31 Empfehlungen natürlich erst einmal auch auf einer gewissen Meta-Ebene gehalten. Das ist aber ein wichtiger Punkt.

Herr Dr. Tebroke, vielen Dank für Ihre Fragen. Ich bin ja selber Teil des Marktes. Das bin ich seit 13 Jahren, und ich habe dabei unterschiedliche Geschäftsfelder begleitet. Ich mache das heute mehr mit Banken im Cluster und war lange bei der Börse beschäftigt. Ich glaube total an die Innovationsstärke dieser Branche. Es ist ja auch sehr gut, dass die Branche an sehr vielen Ecken und Enden stimuliert wird. Das machen ja die Unternehmen der Finanzbranche genauso wenig wie die seitens der Realwirtschaft, weil das keine moralische Frage ist, sondern weil es eine geschäftliche Frage ist. Auch die Finanzbranche möchte die Risiken einfach besser verstehen. Wie wahrscheinlich ist denn, dass das Geld, das ich investiert bzw. als Kredit vergeben habe, wieder zurück kommt und auch eine Rendite erwirtschaftet wird. Deswegen ist es schon eine Art Appell, aber jetzt nicht von mir als Kristina



Jeromin, sondern Sie werden viele aus der Branche hören, die diesen Appell unterstützen, dass es Standards braucht, um diese Risiken zu identifizieren. In dem Moment, in dem sie eine große Datenflut im Markt haben, ist es ein Problem, weil nicht klar ist, was denn jetzt relevant für ein mittel- bis langfristiges Risikoprofil ist. Die Datenflut und bis diese Daten alle ausgelesen sind, selbst in Zeiten der Digitalisierung, all das stellt einen ungemeinen Aufwand dar, auch bezüglich der Treffsicherheit und hinsichtlich der Aussagen, die sie dann feststellen. Auch in Deutschland haben wir hier ja noch ein paar Schritte zu gehen. In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen: Wie sicher ist dieser Kredit? Sollte man den vergeben? Ist das eine Investition, die sich im Sinne meiner Kundinnen und Kunden lohnen wird? Das sind letztlich die treuhänderischen Pflichten, die hier zu bedenken sind. Da brauchen wir Standards. Das ist daher keine Planwirtschaft.

Zu den Fragen von Herrn Brinkhaus: Ich möchte keine Planwirtschaft, sondern am Ende muss der Markt in die Lage versetzt werden, und zwar die verschiedenen Akteure des Marktes, um entscheiden zu können, ob sie die Investition versichern, ob sie Kredite vergeben oder Investments überhaupt tätigen. Hierbei ist es wichtig, eine ausreichend gute standardisierte Informationsgrundlage zu haben, um wirtschaftlich kluge Entscheidungen treffen zu können. Das meine ich mit „Befähigung“. Die Entscheidung, ob dann tatsächlich investiert wird oder nicht, die möchte niemand irgendetwas abnehmen. Es geht also nicht um das Verbot. Das ist im Übrigen auch nicht die Art und Weise, wie die Taxonomie arbeitet. Sie arbeitet nicht mit Verbot, sondern mit Transparenz. Basierend auf dieser Transparenz werden wir sehen, wie sich der Markt situiert. Es werden sich auch Dinge verschieben. Nicht weil alle denken, „Gas“ oder „Atom“ ist böse, sondern weil die Gefahr des „Stranded Assets“ einfach zu hoch ist, weil das Risiko nicht tragbar ist. Dieses Risiko existiert aber in der Wertschöpfungskette und nicht in der Regulierung. Von daher ist das wirklich keine Planwirtschaft. „Helfen Sie dem Markt“, das ist im Prinzip die Aufgabe, die ich sehe. Natürlich bin ich sehr dafür, dass das gewogen, gemessen und gezählt werden muss. Weil alles andere, sagen wir mal die qualitative Berichterstattung,

also sehr viele Sätze, die erzählt werden, die helfen ja eben nicht bei der schnellen Durchsicht eines Lageberichts bzw. um zu verstehen, wie ist denn die finanzielle Lage und zwar nicht nur im vergangenen Jahr, sondern wie wird sich die finanzielle Lage mittel- bis langfristig entwickeln. Genau deswegen helfen diese Standards, und ich habe großen Graus, Herr Brinkhaus, auch vor der Frage der „Social Taxonomy“. Stellen wir uns alle mal die Frage: „Wie quantifizieren wir ‚Menschenrechte‘ in der Lieferkette? Welches Preisschild hängen wir da dran?“ Das kann man sich heute noch überhaupt nicht vorstellen. Trotzdem ist es so, dass in dem Moment, in dem wir Risiken einpreisen müssen, wir da auch irgendwie eine Hand drauf bekommen müssen. Da – hätte ich jetzt auch mal gesagt – könnte man noch so ein bisschen Innovationen und DenkerInnen dran hängen, gerade in Zeiten der Digitalisierung und z. B. mit Instrumenten wie „Artificial Intelligence“ spielerisch und unternehmerisch nutzen, und aus dieser Sache auch ein Business-Case zu machen. Ziel muss es sein, dass wir diese Daten sukzessive verstehen, um Risiken besser zu managen und Chancen zu nutzen und dass hier ein regulatorischer Rahmen helfen kann. Wenn wir noch 50 Jahre hätten, würde der Markt diese Standards vielleicht wirklich alleine setzen. Die Problematik ist nur, die Zeit haben wir nicht. In dem Zeitraum ziehen nämlich andere Standorte an uns vorbei, und wir verpassen auch einen erfolgreichen Kampf gegen den Klimawandel.

Ich möchte nicht alles labeln. Mir sind die Interessenkonflikte total klar. Manchmal ist es ökologisch klug, etwas zu machen und gleichzeitig ist es sozial unklug. Genau diese Information muss aber auf den Tisch. Es geht nicht um Verdichtung und Reduktion. Im Gegenteil: Ich spreche mich dafür aus, dass wir uns der Komplexität der Welt stellen. Das mag idealistisch klingen oder rein theoretisch. Das ist aber das harte Geschäft in der Finanzierung, in der Kreditvergabe. Ganzheitliche Informationen helfen dabei, risikoreiche Investmententscheidungen zu vermeiden und verantwortungsvoll zu investieren. Deswegen stellen wir uns der Komplexität und dem Abwägen von Interessenskonflikten. Das wird im Rahmen der Transformation noch sehr oft auf uns zukommen. Da darf uns der Weg nicht zu lang



sein. Daher müssen wir das diskutieren.

Herr Glaser, ich hatte eigentlich den Eindruck, dass ich schon ein bisschen was über die Verantwortung der öffentlichen Hand gesagt hatte. Ich würde Ihnen da also zustimmen. Auch hier braucht es entsprechende Strategien. Zu Ihrer Frage, ob ich glaube, dass man das durch die Lenkung von Kapitalströmen erreichen kann: Also, ich lenke ja gar keine Kapitalströme, sondern ich spreche mich dafür aus, und das wiederholt sich jetzt im Prinzip, dass wir eine Informationsgrundlage haben, die wirtschaftlich sinnvolle Entscheidungen im Finanzbereich ermöglicht. Wir müssen uns vor Augen führen, dass die Informationsgrundlage, die wir bisher dazu zu Rate gezogen haben, doch hauptsächlich die rückblickende Berichterstattung von ausgewählten Finanzkennzahlen darstellt. Das kann uns gerade in einer Phase, wo wir mittel- bis langfristig nach vorne denken müssen, nicht ausreichen. Das heißt, wir brauchen eine vorausschauende Berichterstattung und eine um diese neuen Risiko- und Renditemöglichkeiten erweiterte Berichterstattung. Dann lenkt auch niemand die Finanzflüsse, sondern dann wird das im Markt geschehen, was immer passiert, wenn der Markt informiert vorgeht. Das hat eine ganz eigene Dynamik, einfach aus einer Ratio heraus und nicht aus einem politischen Willen. Aber um diese Marktdynamiken anzureizen und dann tatsächlich gezielte Finanzierung von Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu ermöglichen, braucht es diese Transparenz. Es tut mir leid, ich klinge wie eine Schallplatte, aber es ist tatsächlich ein zentraler Dreh- und Angelpunkt.

Herr Wagner, zum Thema „Steuergerechtigkeit“. Das meine ich ja eben, wenn wir über „Sustainable Finance“ sprechen, dann reden wir nicht einfach nur über „Green Bonds“ und so weiter, sondern wir fragen tatsächlich, „Wie krisenfest, wie stabil, wie sicher ist unser Finanzsystem?“. Hier sind natürlich Steuergerechtigkeitsfragen oder Steuerrechtsfragen genauso zentral wie auch die Frage „Wie kam es denn zu einem Wirecard-Skandal?“. „Sustainable Finance“ muss tatsächlich als ganzheitliches Thema verstanden werden. Ich selbst finde diesen Begriff „Sustainable Finance“ total sperrig. Das hört sich

für mich immer an, als würde man über ein Orchideen-Thema sprechen. Aber eigentlich geht es nur um die Frage, ob wir entsprechend zukunftsfit sind. Wie hoch dieser Anteil wäre, das kann ich Ihnen nicht genau sagen. Aber ich spreche mich dafür aus, dass wir grundsätzlich systemische Belange im Finanzwesen dahingehend überprüfen, ob wir das ganze Potenzial dieses hochkomplexen Gebildes des Marktes im wirtschaftlichen Eigeninteresse auch nutzen.

Zu den Ausführungen von Frau Dr. Kersten: Tatsächlich haben wir Ihre Fragestellung im Beirat in der Tiefe nicht diskutiert. Da stellt sich natürlich trotzdem die Frage, inwiefern solche Geschäftstätigkeiten sich grundsätzlich mit „nachhaltig“ im Sinne von „zukunftsfähigen Gedanken“ decken? Genau das sind aber auch die Themen, die wir uns in der ganzheitlichen Befassung mit „Sustainable Finance“, oder wie immer wir das nennen, auch stellen müssen. Ich glaube, die aktuelle Situation zeigt uns an vielen Ecken, dass das, was dann marktseitig als Praxis implementiert wurde, so nicht tragbar ist, wenn wir tatsächlich zukunftsfit aufgestellt sein sollen. Das heißt, da gibt es keine Denkverbote. Im Übrigen würde ich mich total freuen, wenn Sie sich von parlamentarischer Seite beim neuen Beirat – also der existiert ja dann bald, wer immer da drin ist – sich noch mehr einbringen könnten, als bei dem letzten Beirat. Ich glaube, genau diese Fragen, die Sie hier im Alltag in Ihrer Praxis diskutieren, die könnten in Folge dann auch Aufträge für den Beirat sein. Dafür gibt es ja beratende Gremien. Das ist tatsächlich auch ein Anspruch, den Sie haben sollten und eine Austauschmöglichkeit, die Sie hier dann tatsächlich auch mit dem Beirat suchen sollten. Wir haben das letzte Mal diverse parlamentarische Frühstücke gemacht. Das ist vielleicht wirklich nicht der perfekte Ort. Vielleicht kann man das anders institutionalisieren. Die Treffen waren auch nicht immer gut besucht. Deswegen hoffe ich, Sie werden alle zu extremen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren von „Sustainable Finance“ und sagen allen, wie spannend das ist. Aber nutzen Sie dieses Gremium auch, und stellen Sie genau diese Fragen. Wenn solche Diskussionspunkte bekannt sind, geben Sie das auch gerne mal als Vorabfrage in eine Beiratsrunde. Dann würde das



vielleicht auch Ihre Diskussion bereichern helfen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Das ist auf jeden Fall eine spannende Anregung, die wir gerne mitnehmen, und zwar in jeder Hinsicht. Deswegen ein ganz herzliches Dankeschön für Ihren engagierten, sehr fachkundigen und detaillierten Vortrag.

Sachverständige **Kristina Jeromin** (Green and Sustainable Finance Cluster Germany e.V.): Danke für Ihr Interesse.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Wir haben Sie gefordert, Sie haben uns gefordert. Deswegen machen wir jetzt eine kleine Unterbrechung und fahren in fünf Minuten fort. Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 19:15 Uhr

Helmut Kleebank, MdB
Vorsitzender